

# Der Frieden ist gut bewaffnet

## Wehrpflicht bringt uns dem Friedensvertrag näher

Die deutschen Imperialisten - geschichtsanalogen festgestellt Brandstifter von Raubkriegen - haben immer dicke Lügen über ihre eigene Friedensliebe und fremde Bedrohung von sich gegeben. Das wissen wir heute doch alle. Und niemand möchte sich auch so leicht zeigen, von Leuten mit Aggressionsplänen die Wahrheit darüber erwartet zu haben.

Heute nun wird Westdeutschland nicht nur von genau demselben imperialistischen, militaristischen Regime beherrscht, sondern dazu noch in persona von genau demselben Imperialisten/Militaristen. Über zehn Jahre lang hat ihre staatspolitische Politik sie als die Gleichgebliebenen sichtbar eingewiesen.

Von einer Bekanntheit mit den Grundwahrheiten, die unser sozialistischer Staat jahrelang in seiner Friedenspolitik verbreitet und praktisch vertritt, kann daher nicht die Rede sein, wenn jemand unseren Friedensschutz mit dem Satz kommentiert: „Wie ist das vereinbar - wir reden vom Friedensvertrag und führen die Wehrpflicht ein?“

Der hier zugrunde liegende ernste Fehler ist, daß zwischen dem Kampf um den Friedensvertrag und unserem Wehrpflichtgesetz ein Gegensatz hinsichtlich ihres Inhalts und ihrer Kampfrichtung konstruiert wird, und das beruht schließlich auch auf einer Täuschung über den westdeutschen Militarismus. Er ist - wie sein Verhalten nach den ersten Vorschlägen der Sowjetunion vor Jahren offen beweist - nicht erst durch unser Wehrpflichtgesetz in seinen düsteren Absichten gegen unseren Staat behindert, sondern er ist von Anfang an ein wütender Gegner des Friedensvertrages! Dieser deutsche Friedensvertrag - das wird offenbar nicht von allen immer bedacht - geht nicht auf einen Kuhhandel mit Strauß und Heussinger hinaus, sondern er ist antimilitaristisch, ist die Bannung dieser Kräfte.

Wenn man so vom Wesen der Dinge ausgeht, dann kommt man weiter voran zu der Erkenntnis, daß unser Wehrpflichtgesetz den deutschen Friedensvertrag nicht

behindert, sondern seinen Abschluß vorbereitet und nach seinem Abschluß seine Ergebnisse sichert.

Die Verabschiedung des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht entspricht jener Lage, die mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig manifestiert wird: Es existieren zwei international anerkannte deutsche Staaten... (Armeegeneral Heinz Hoffmann vor der Volkskammer am 24. Januar 1962.)

Wie sieht dieser Zusammenhang des näheren aus?

Im antikommunistischen Orchester Bonn (und gewissermaßen auf Band genommen und nachgespielt von den NATO-Verbündeten) lärmten die grellsten Instrumente von der „Nichtexistenz der DDR“: Kein Staat, kein „freibeitlicher“ Staat, kein „freiheitlich-demokratischer“ Staat, kein „deutscher“ Staat, kurzum: Null, Nichts, Überhaupt-Nichts - und damit Friedensvertrag? Darüber Verhandlungen? In dieser Atmosphäre engstirnig-verlogenen Wahns war das Wort „Verhandlungen“ just so kriminell wie ein Doppelmord.

Da kam der 13. August, und an der Realität unserer Staatsgrenze und antisozialistischen Mauer weinten sich die Nichtexistentialisten in die Realität zurück. Diese Realität DDR war noch bitterer für sie als vorher, da interessanterweise jetzt in Washington und Bonn plötzlich in Verhandlungen die Rede war und da sich in vielen neutralen Ländern die Auffassung von zwei deutschen Staaten kundgab.

Bekanntlich hat die Sowjetunion - in jedem Augenblick dem Grundsatz treu, ein Minimum von Verständigungsansätzen bei den Westmächten zu einem Maximum friedlichen Übereinkommens auszunutzen - so gleich ihre beabsichtigten Termine zurückgestellt.

Die Entwicklung zum deutschen Friedensvertrag ist im Fluß. Aber da bekanntlich die Imperialisten von gewissen Sinnstörungen und vom Gedächtniswund befallen werden, wenn sie die sozialistische

Demokratie ihren Völkern nicht als sächliche Geduld, sondern als Dulden ihrer unsachlichen Stärkpolitik vorgaukeln können, war es Zeit, daß unsererseits weitere Aufhebung über die nationale und internationale Haltung unserer DDR als Verhandlungspartner erfolgte. Denn „die westlichen Diplomaten... glauben, die Öffentlichkeit allmählich an den Gedanken gewöhnen zu können... daß der deutsche Friedensvertrag etwas Körperloses und Entferrtes sei, eine Fata Morgana in der Wüste“ (Zitat im ND vom 27. Januar 1962 aus „Iswestija“).

Mit dem 24. Januar 1962 hat die DDR in konkreter Anwendung des Verteidigungsgesetzes vom 20. September 1961 vom geltenden Völkerrecht Gebrauch gemacht und ihre Souveränität nunmehr voll integriert. Sie stärkt die Würde und das Ansehen unserer Republik und dient der Vorbereitung und Durchführung des deutschen Friedensvertrages (Armeegeneral Hoffmann vor der Volkskammer).

Man könnte zusammenfassend sagen: Die DDR schafft bei den imperialistischen Mächten Klarheit darüber, was früher oder später in deren eigenem Interesse unvermeidlich ist: mit dem deutschen souveränen Friedensstaat in vertragliche Beziehungen des gegenseitigen Vorteils einzutreten.

Sie schafft - einmal mehr und deutlicher - Klarheit für die Bonner Militaristen und auch für die von ihnen bedrohte Bevölkerung dort, daß ein so sinnloses Aggressionsabenteuer besser nicht erst begonnen wird.

Drittens bietet die DDR für beide deutsche Staaten und die internationale Welt sozileich den besten Ausdruck ihrer Souveränität, indem sie jetzt erst recht ihre Vorschläge zu gleichberechtigten Verhandlungen mit der Bonner Regierung wiederholt. Die imperialistische Politik der Stärke wurde von uns mit der Stärke der Politik beantwortet. Diese ist Friedenspolitik, und je stärker die ist, desto näher der Friedensvertrag gegen die Militaristen.

Dr. H. Willmann



## Unser Wille wurde Gesetz

Am vergangenen Donnerstagfrüh ging es wie ein Lauffeuer durch die Fakultät für Journalistik: Unsere Stellungnahme von der FDJ-Vollversammlung zum Wehrpflichtgesetz ist von Dr. Dieckmann in der Volkskammerstimmung verlesen worden. Die Freunde waren begreiflicherweise stolz darauf, sie waren innerlich erregt und im Vollgefühl ihrer großen Verantwortung für die Stärkung und Sicherung unserer Republik. Mit dem Beschluß der Volkskammer wurde ihr Wille, wurde der Wille der friedliebenden deutschen Arbeiterklasse und ihrer Jugend zum Gesetz erhoben.

So wie die Journalistkstudenten richteten in den letzten Tagen, Wochen und Monaten angesichts der ziellosen Aggressionsvorbereitungen Bonn Hunderte von Studenten, Kollektive von Nachwuchswissenschaftlern, Arbeitern und Angestellten sowie zahlreiche namhafte Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität Briefe und Resolutionen an unsere oberste Volksvertretung mit der Bitte, wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungskraft der Republik zu treffen. Das Wehrpflichtgesetz schaffte zusammen mit dem Verteidigungsgesetz die Voraussetzungen dafür.

Besonders nach dem 13. August haben auch zahlreiche Universitätsangehörige die Bitte nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen. So baten die im Kreis Dippoldiswalde zur Festigung des LFG eingesetzten Studenten in einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden, Genossen Walter Ulbricht, um die Einführung der obligatorischen militärischen Ausbildung an den Universitäten. Ähnliche Briefe schrieben Journalistkstudenten aus Semten, Kreis Guben, die Wifa-Gruppen B3 und B4. Die Medizinstudenten des 1. Studienjahres erklärten ihre volle Bereitschaft zur Verteidigung der Republik und sammelten 151 Unterschriften von Genossenschaftsbauern in den Gemeinden Ahlsdorf und Falkenberg. Kreis Herzberg, unter einem gemeinsamen Brief an Walter Ulbricht. Die Studenten und die jugendlichen Beschäftigten unserer Universität folgten einstimmig dem Kampfauftrag der Freien Deutschen Jugend.

Das Wehrpflichtgesetz entspricht somit auch dem Willen der Angehörigen der Karl-Marx-Universität.

Von einigen Universitätsangehörigen wurde die Frage gestellt, warum wir mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht so lange gezögert haben. Diese Frage ist berechtigt, denn in der Tat waren wir, abgesehen von England, der einzige Staat in Europa ohne allgemeine Wehrpflicht. Da die Vorräte des Systems der allgemeinen Wehrpflicht auf der Hand liegen, hat die Tatsache, daß wir sie erst heute einführen, einzig und allein politische Ursachen. Wir

wollten damit die Verwirklichung unserer konkreten Abrüstungsvorschläge für Deutschland erleichtern. Unsere im Minimalprogramm der Regierung der DDR an Adenauer gerichteten Vorschläge bleiben auch jetzt nach wie vor bestehen; aber mit der Erhöhung unserer Verteidigungskraft, zu der die allgemeine Wehrpflicht ein wichtiger Beitrag ist, beschreiten wir unter den gegebenen Umständen den richtigen Weg, um die Kriegswut der Imperialisten zu zügeln und dadurch bessere Bedingungen für die Durchsetzung unserer Politik der friedlichen Koexistenz und für die Bannung des westdeutschen Militarismus zu schaffen.

Walter Schulz

## Geplatze Pakete

Eine Nähmaschine vom Typ „Veritas“ (Wert über 600 DM) geht per Post in Einzelteilen nach Westdeutschland. Die letzte Sendung mit Garantieschein, Kassenzettel und Schlüssel wird beschlagnahmt. Pelzmäntel im Werte von 800 DM, teure Fotoapparate, Meißner Porzellan, Jenaer Glas sind vielfach der Inhalt von „Geschenksendungen“, die dank der Arbeit des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) „platzen“, Zehntausende überzeugen sich bereits in der Ausstellung „Geplatze Pakete“ im Neuen Rathaus davon, welche Mengen hochwertiger Industriegüter unserer Republik nach Westdeutschland geschickt, besser gesagt, verschoben werden und welcher Schund und welche Gefahr sich als Gegenleistung in vielen westdeutschen Paketen befinden.

Bettwäsche war am Ende des vergangenen Jahres sehr knapp. Viele wußten nicht warum. Die Ausstellung gibt eine eindeutige Erklärung: Allein im Paketkontrollamt Leipzig wurden 1961 164 000 Kopfsenbenzüge, Zehntausende Bettücher und Bezüge gezählt, die nach Westdeutschland gingen. Aber 120 Millionen DM beträgt der Wert der im Republikamtstab nach Westdeutschland verschickten Textilien. Er übersteigt damit bei weitem den Wert des offiziellen Handels mit Textilien zwischen der DDR und Westdeutschland.

Jetzt verstehen wir erst richtig, warum verboten wurde, Textilien zu schicken, „Was uns da verloren ging!“ oder „Hätten wir das eher gewußt, hätten wir keine Textilien nach drüben geschickt!“ sagten viele Besucher.

Ganz deutlich wurde diese Erkenntnis dann vor den Paketen, die „Wahlhütlige Organisationen“ in Westdeutschland für uns „arme Ostzonenbewohner“ rasmittelnstellen haben, die wir so notleidend sind, daß wir für Millionen DM Textilien nach Westdeutschland verschicken. So sehen die „milden Gaben“ aus: Gestopfte Socken, mehrmals verschieden gefärbte Jacken, jahrelang getragene Schuhe, alte Wäsche, z. T. ungewaschen - man glaubt fast, durch die Glaswände der Vitrinen den Gestank zu spüren, so dreckig, unauber und unhygienisch sieht alles aus - kurz es sind Sachen, die wir 1945 eventuell zum Entrümpeln getragen hätten.

Noch weit gefährlicher für die Gesundheit als die dreckigen Lumpen sind Pakete mit Westmedikamenten, Coofergan, en masse, andere Schlafmittel und Medikamente, die bei unkontrollierter Einnahme zu schweren Gesundheitschädigungen führen, finden wir in ihnen. Auch hiermit macht man schmutzige Politik. Das Vertrauen in unsere Medikamente und schlussfolgernd in unsere ganze Wirtschaft soll untergraben, der Westimperialismus gefördert werden.

Neben medizinischen Gütern steht idealogischer Schund und Schmutzletteratür reinsten Wassers: Sex und Horror in der Aufmachung, Vertierung und Inhumanität im Inhalt. Das Ziel liegt klar auf der Hand: Zu gerne sehen es die Regierenden von Bonn und Schöneberg, wenn ihnen bei uns eine brutale, ihren Willen gehorchende, zum Denken aber unfähige Schlüßergruppe zur Verfügung stünde. Und zwischen allem, zwischen dreckigen Socken und dreckigen Heften, das gute Dr. Oetker Puderpulver, Mehl und Vanillezucker und sogar Salz. Ja, man denkt an uns; liebe Onkels und Tanten in diesen „wohltätigen“ Organisationen sind rührend um Kontakte besorgt: „Bitte schreiben sie uns doch, ob Sie unsere Liebesgaben (?) empfangen haben.“ (Teilweise liegen sogar vorgeschriebene Empfangsbestätigungen bei).

Kontakte, Aufwieglung, Hetze, Anstiftung zur Spionage, Diversion das ist eine Linie. Das ist die Störung des Postbetriebes zwischen Ost und West, das ist die Einbeziehung in die psychologische Kriegsvorbereitung, weil das nach dem 13. August neben ihrer Hetze über die Ätherwellen die einzige ihnen gebliebene Möglichkeit ist.

Jörg Marschner

Universitätszeitung, Nr. 5, 1. 2. 1962, S. 3

## Persönliches Interesse und Gesetz

Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Erhaltung der Freiheit ist eine ehrenvolle, nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik - so steht es seit fast sieben Jahren in Artikel 5 unserer Verfassung. Das aber heißt nichts anderes, als daß wir das, was wir uns gemeinsam in harter Arbeit geschaffen haben, auch gemeinsam verteidigen müssen, und zwar gegen die Herren Monopolisten und Junker, denen wir uns den Stuhl vor die Tür gesetzt haben, deren Streben aber darauf gerichtet ist, ihre bei uns verlorenen Positionen zurückzugewinnen, und nicht nur das.

In der DDR haben die Werktätigen zum ersten Male ein wirkliches Vaterland, das heißt, ein Land, in dem die Früchte ihrer Arbeit ihnen selbst gehören. Darum sind die Interessen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates unmittelbar auch die Interessen jedes einzelnen Bürgers. Darum gibt es keinen Unterschied zwischen den Gefahren, die unserer Republik und die uns persönlich bedrohen. Darum sind die Feinde unseres Staates die Feinde eines jeden einzelnen von uns. Darum verteidigen wir mit unserem Vaterland unser eigenes Leben, schützen wir unsere Familie, unsere Kinder und sichern ihnen und uns eine glückliche Zukunft in Frieden und Wohlstand.

Zugleich schützen wir dann auch die Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Inbesondere die Ereignisse des letzten Jahres ließen uns die ganze Bedeutung der Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes deutlich werden. Die Bonner Ultras beantworteten unsere Forderungen nach Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit hysterischem Kriegsgeschrei, und sie machten kein Hehl daraus, daß es ihnen nicht um Frieden, sondern um die Eroberung der DDR geht. Das brachten die Bonner Nazigenerale ganz unverhohlen in den Worten zum Ausdruck: Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann.

Durch die entschlossenen Maßnahmen unserer Regierung vom 13. August wurde die Lage entspannt und der Frieden gerettet. Aber damit war die Gefahr noch keineswegs beseitigt, denn die westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihre westlichen Verbündeten versuchen seit dem nach wie vor die Spannungen zu verstärken. Wir werden jedoch den Friedensvertrag zum Abschluß bringen und damit die Lage normalisieren. Nur läßt sich das nicht allein durch guten Willen und Hoffnungen erreichen, sondern in erster Linie dadurch, daß wir den Herrschenden in Bonn klarmachen, daß wir für sie kein Gabelstiftstück sind. Aus diesem Grunde fordert unser Staat nunmehr alle Bürger auf, ihre Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, zu erhöhen, und legt die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen fest. Das ist der Sinn des am Mittwoch vergangener Woche von der Volkskammer beschlossenen Wehrpflichtgesetzes, das die objektiven Interessen der ganzen Gesellschaft und jedes einzelnen zum Ausdruck bringt.

Ganz anders verhält es sich mit der vom Bonner Staat dekretierten Wehrpflicht für die werktätigen Menschen in Westdeutschland. Sie sollen dazu mißbraucht werden, das Rad der Geschichte rückwärts zu dre-

hen, die ganze deutsche Nation wieder unter das Joch der Imperialisten zu bringen und für deren Profitinteressen ihr Leben auf dem Schlachtfeld zu lassen. Deshalb gebietet den Werktätigen in Westdeutschland ihr nationales und auch ihr eigenes Interesse mit aller Kraft gegen dieses Gesetz und dessen Urheber zu kämpfen.

Wohl bei uns nationale, gesellschaftliche und persönliche Interessen übereinstimmen und das von unserer Bevölkerung mehr und mehr erkannt wird, hat sich, besonders nach dem 13. August, die Mehrheit der Jugendlichen bereits freiwillig zum Dienst in unserer Nationalen Volksarmee gemeldet. Ausdruck dieses hohen politischen Bewußtseins sind auch die zahlreichen Eingaben aus der Bevölkerung an unsere oberste Volksvertretung, in denen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert wurde.

Deshalb kann auch keine Rede davon sein, es sei der Sinn dieses Gesetzes und es sei notwendig geworden, Freiwilligkeit durch Zwang zu ersetzen. Dazu besteht aber - wie die Bereitschaft der Jugend der DDR beweist - überhaupt kein Anlaß. Bei uns gibt es auch keinen Grund dafür, nur

deshalb zur Armes zu gehen, weil man muß. Und so steht im Vordergrund des Wehrpflichtgesetzes nicht der Zwang, sondern es ist seine vornehmste Aufgabe, alle davon zu überzeugen, daß die umfassende Organisation unserer nationalen Verteidigung unter Einbeziehung aller wehrfähigen Bürger in Anbetracht der von den unverbesserlichen imperialistischen Schurkenträgern heraufbeschworenen Situation eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Gerade auf dieser Einsicht beruht die moralische Stärke unserer Nationalen Volksarmee, wie auch die der verbündeten Armeen des gesamten sozialistischen Lagers.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet keinerlei Abgehen von unserer bisherigen auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik. Im Gegenteil, sie dient deren konsequenter Fortsetzung.

Der Frieden ist erst dann gesichert, wenn er gut bewaffnet ist. Die westdeutschen Machthaber werden zur Aufgabe ihrer verderbenbringenden Politik gezwungen, wenn sie sehen, daß der siegreiche Sozialismus in der DDR von unseren starken Händen zuverlässig geschützt wird.

Dr. Traute Schönrrath-Walter Schönrrath

## Nazigenerale ohne Chance



Durch die Dienstzeitverlängerung und die Einberufung weiterer 42 500 Rekruten zu Beginn dieses Jahres erreicht die Bundeswehr nach westlichen Presseangaben zunächst eine Stärke von 420 000 Mann, d. h. bereits weit mehr, als in dem sogenannten NATO-Plandokument MC 70 für Ende 1953 vorgesehen war.

Aber das genügt den Hitlergeneralen in der Ermekeilokaseme noch nicht. So forderte die „Deutsche Soldatenzeitung“, ein halboffizielles Blatt des Bonner Kriegsministeriums, eine vorläufige „Friedensstärke“ der Bundeswehr von 570 000 Mann als untere Grenze des „Lebensnotwendigen“.

„Lebensnotwendig“ heißt also in der Sprache der Bonner Militaristen, Schaffung einer millionenstarken, mit strategischen

Raketenerkennung ausgerüsteten Aggressionsarmee...

Dieser ersten Bedrohung des Friedens müssen wir rechtzeitig begegnen; nicht nur im Interesse unseres Volkes, sondern aller von westdeutschen Imperialismus bedrohten Völker, nicht zuletzt der Völker der NATO-Staaten.

Wir müssen, wie der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, unser hochverehrter Genosse Walter Ulbricht erklärte, „solche Maßnahmen durchführen, daß irgendwelche Verrückte im Westen sich von vornherein jeden Gedanken an eine Aggression aus dem Kopf schlagen“.

Die antifaschistischen Schutzmaßnahmen vom 13. August haben die militärische Stärke der Deutschen Demokratischen Republik offenbart und bewiesen, daß die

Kriegsminister Strauß, Foertsch, Speidel, Kammlhuber und andere Nazigenerale auf einem Generalstreffen in Stuttgart.

militärische Macht unseres Staates im Verein mit den überlegenen Kräften des sozialistischen Lagers ein entscheidender Faktor für die Erhaltung des Friedens ist. Angesichts der verhängnisvollen Bonner Politik des „letzten Risikos“ gilt es, die Deutsche Demokratische Republik, die Bastion des Friedens in Deutschland, militärisch noch besser zu wappnen. Wir müssen davon ausgehen, daß der Frieden nur erhalten werden kann, wenn wir jene bändigen, die ihn brechen wollen.

(Armeegeneral Heinz Hoffmann vor der Volkskammer)